



Das Bundesamt für Strahlenschutz bestätigt Analysen des Umweltinstituts München: Je näher Kleinkinder an einem Atomkraftwerk wohnen, umso größer ist ihr Risiko, an Krebs zu erkranken. → Seite 3

Kinderkrebs um AKWs



Liebe Freundinnen und Freunde des Umweltinstituts München, wir können zwar immer wieder Erfolge im Kampf gegen den rücksichtslosen Umgang mit Atomkraft, Gentechnik oder Mobilfunk erringen, aber den Konzernen kommen ständig neue gefährliche Ideen in den Sinn.

Gerade setzt sich in der wissenschaftlichen Welt die Erkenntnis durch, dass das real existierende erhöhte Krebsrisiko für Kinder in der Umgebung von Atomkraftwerken doch mit deren radioaktiven Emissionen zu tun haben könnte. Da wollen Frankreich und England eine neue Generation von Atomkraftwerken entwickeln und weltweit, wohin auch immer, vertreiben.

Die Pleite der Firma Novoplant, die Erbsen mit Mäusegenen gegen Schweinedurchfall freigesetzt hat, wird gerade abgewickelt. Schon sollen wir mit Hilfe unserer Steuergelder in einem Schaugarten von den „Vorteilen“ der Gentechnik im Essen überzeugt werden.

Nur durch Einsatz und Präsenz, auch in den Medien, können wir verhindern, dass sich die Politik einseitig an der Wirtschaft ausrichtet – gegen die Natur und gegen die berechtigten Schutzinteressen der Verbraucher.

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement und wünschen viel Spaß beim Lesen!

Christina Hacker
und Harald Nestler

Imageprobleme → Lobbyarbeit in Ostdeutschland

Gen-Weizen „zum Anfassen“

Die Gentechnik-Industrie gibt nicht auf. Auch in diesem Jahr sollen in Deutschland Freilandversuche mit transgenen Pflanzen durchgeführt werden. So möchte der deutsche Saatgutkonzern KWS Gen-Zuckerrüben marktreif machen, die gegen das Totalherbizid Roundup des US-Konzerns Monsanto resistent sind. Und das, obwohl die Schädigung der Artenvielfalt durch den Anbau solcher Pflanzen vielfach dokumentiert ist. Ähnlich haarsträubend ist auch ein geplantes Experiment mit genmanipuliertem Weizen, das die Universität Rostock in Ostdeutschland durchführen will. Die Weizenpflanzen, von Schweizer Forschern hergestellt, sollen angeblich widerstands-

fähig gegen den Erreger des Flugbrands, einer Pilzerkrankung, sein. Der Gen-Weizen ist zusätzlich resistent gegen das Pestizid Basta von Bayer und enthält Resistenzgene gegen das Antibiotikum Ampicillin. Der Versuch wäre daher in der Schweiz selbst nicht mehr genehmigungsfähig. Recherchen des

(Fortsetzung → Seite 4)



Klappt bestimmt toll: In Sachsen-Anhalt soll ein Schaugarten „die Akzeptanz für gentechnisch verbesserte Pflanzen verbessern“.



Ausgangslage

Acht Mobilfunk-Netze werden in Deutschland parallel betrieben, ergänzt und umgebaut. Dies führt zu vielen Antennen, bevorzugt auf Dächern, wodurch die Nachbarn oft unnötig kräftige Strahlenintensitäten abbekommen – und dagegen protestieren. Seit einigen Jahren kündigen zahlreiche Eigentümer, so mancher Standort-Mietvertrag läuft aus. Hier können Sie einhaken. Statt zu warten, bis die nächste Sendeanlage kostengünstig in der Nachbarschaft auf einem Dach errichtet wird, können Sie aktiv werden. Informationen über Suchaktivitäten der Netzbetreiber können Sie bei Ihrer Kommune erfragen. Im Rah-

Sendeanlagen → An den Netzen wird gebaut

Antennen-Poker

men einer freiwilligen Vereinbarung (in Bayern: Mobilfunk-Pakt) wird die Kommune schriftlich informiert und erhält ein zeitlich befristetes Mitwirkungsangebot. Seien Sie wachsam: Nicht jede Kommune informiert gleichermaßen transparent – die Netzbetreiber wollen insbesondere die räumliche Ausdehnung des Suchbereichs nicht in die Allgemeinheit kommuniziert wissen.

Solange der Gesetzgeber die Grenzwerte für Mobilfunk-Strahlenbelastungen nicht senkt, hat der Bürger wenig Handhabe, die Antennen zu verhindern. Bis dahin gilt es, „optimierte“ Standorte einzufordern, die die Nachbarschaft weniger stark bestrahlen. Wenn Nachbarschaft und Kommune gemeinsam Druck ausüben, können bei Netzbetreibern durchaus Kompromisse erreicht werden.

Die Gemeinde Gräfelfing bei München ging noch weiter und hat 2003 ein

Mobilfunk-Konzept mit reduzierter Strahlenbelastung erstellen lassen, um Antennen auf baurechtlichem Wege aus den Wohngebieten zu verbannen. Ein im Januar vom Umweltinstitut München errechnetes Beispiel-Szenarium ergab: Trotz erweiterter Übertragungskapazitäten könnte die Strahlenbelastung der von den Antennen betroffenen Anwohner auf ein Sechstel gesenkt werden. Weitere Infos zu Einflussmöglichkeiten bei der Standortwahl: www.umweltinstitut.org/standortwahl

Hans Ulrich-Raithel

Oben links: Berechnete Strahlenbelastung in Gräfelfing (bestehende und geplante Anlagen). Grau dargestellt sind Gebäude, stärker bestrahlte Bereiche sind rot gekennzeichnet. Rechts: Optimierte Situation des Beispiel-Szenariums mit neuen Standorten und reduzierter Strahlenbelastung.



Beispiel-Szenarium

Mobilfunk → Masten in Grenzen O₂ zieht Klage zurück

Die Gemeinde Aßling ist gerade dabei, auf baurechtlichem Wege Konzentrationszonen für verträglichere Mobilfunk-Standorte mit minimierter Strahlenbelastung auszuweisen. In diesem, technisch vom Umweltinstitut München und juristisch von der Kanzlei Sommer betreuten Verfahren hat der Netzbetreiber das Angebot zur Mitwirkung wiederholt verweigert, was ihm jetzt vor dem Verwaltungsgericht München zum Verhängnis wurde. Zudem seien gegen die vier für Mobilfunk-Standorte vorgesehenen Zonen bislang keine „stichhaltigen Einwände“ von O₂ gekommen, wunderte sich die vorsitzende Richterin, Cornelia Düring-Friedl. „Es ist okay, wenn sich die Kommune um Immissionsminderung kümmert und nach Alternativ-Standorten sucht“. Von einer „Verhinderungsplanung“, wie sie O₂ der Gemeinde vorwerfe, „kann keine Rede sein“, so die Richterin. Auch, wenn es sich bei dem geplanten Funkturm um ein „privilegiertes Vorhaben“ handle, „bedeutet das nicht, dass Sie dahin können, wo Sie wollen, wenn's woanders auch geht“. Auf Empfehlung des Gerichts zog O₂ am 12. März 2008 die Klage auf Erteilung einer Baugenehmigung für einen Masten zurück, der außerhalb der beabsichtigten Konzentrationszonen errichtet werden sollte. HU

E-Smog → dLAN & Handys Strahlendiät

Bei der individuell erzeugten Strahlenbelastung können Sie viel bewirken, denn im Nahbereich sind elektromagnetische Felder besonders kräftig – auch bei „schwachen“ Sendern wie von Schnurlostelefonen oder WLAN. Der Elektrosmog verschwindet weitgehend, wenn die Signale statt per Funk über Kabel übertragen werden. Beim Computer heißt das: WLAN durch Kabel ersetzen. Alternativ zum Netzkabel kann via dLAN auch die Stromleitung zur Signalübertragung genutzt werden, die Belastung sinkt signifikant.

Mobilfunk-Betreiber und die meisten Handy-Hersteller boykottieren den „Blauen Engel“, der strahlungsarme Handys auszeichnet. Zeigen Sie durch Ihr Einkaufsverhalten, wo's langgeht: Informieren Sie sich vor dem nächsten Handykauf bei handywerte.de über strahlungsarme Alternativen. Am besten telefonieren Sie nur selten mobil. HU
Mehr Infos: www.umweltinstitut.org/schnurlos



Etwa 12.000 Vertreter/innen aus der ganzen Welt haben sich im vergangenen Dezember mehr oder weniger bemüht, in Bali das Weltklima zu retten. Das Umweltinstitut München hat auf Einladung der niederländischen Organisation WECF (Women in Europe for a Common Future) an der UN-Klimakonferenz mit einer Ausstellung teilgenommen: „Nuclear energy is not a solution for climate change.“ Unseren Flyer „Klimaretter Atomkraft? Mit Voll-dampf in die Katastrophe“ hatten wir für Bali auch ins Englische, Französische, Spanische und Russische übersetzt. Dazu hatten wir ausführliche Infos aus dem Atomkomplex im Gepäck – vom Uranabbau bis zur Endlagerung. Viele angeregte Diskussionen mit Delegierten, Medien und anderen interessierten Teilnehmer/innen waren die Folge. In mehrere Veranstaltungen, etwa der Internationalen Atom-

Weltklimakonferenz → Streit um Atomkraft

Erfolgreich eingemischt

energiebehörde IAEA oder der World Nuclear Association WNA, haben wir uns kritisch eingemischt – obwohl man unsere Beiträge abwürgen oder uns gar nicht erst zu Wort kommen lassen wollte. In der Regel kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Kritikern. Spontan organisierten wir ein eigenes Event: „Regional experience and information on nuclear energy“ aus deutscher, russischer, ukrainischer und US-amerikanischer Sicht. Schließlich stellten wir gegen Ende der Konferenz eine Demo mit internationaler Beteiligung auf die Beine: „Don't nuke the climate“ fand ein beachtliches Medieninteresse.

Es ist uns gelungen, über die gesamte Konferenzdauer die Atomkraftnutzung als nicht-nachhaltige und im Kampf gegen den Klimawandel wirkungslose Technologie vorzuführen. Wir werden die falschen Argumente der Atomlobby weiterhin mit dem Ziel entlarven, die riskante Atomenergienutzung weltweit zu stoppen.

Christina Hacker

Einen ausführlichen Bericht und Infomaterial gibt es auf unserer Homepage: www.umweltinstitut.org/bali_2007

BfS → Umweltinstitut bestätigt

Kinderkrebs um AKWs (Fortsetzung von → Seite 1)

Ende 2007 sorgte die „Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken“ (KiKK-Studie) für Aufregung. Sie kommt zu dem alarmierenden Ergebnis, dass für Kinder unter 5 Jahren das Risiko an Leukämie oder einer anderen Krebsart zu erkranken deutlich zunimmt, je näher der Wohnort an einem Atomkraftwerk liegt. In nächster Nähe, im Bereich von fünf Kilometern um ein AKW, steigt die Krebsrate um 60 Prozent und die Leukämierate auf mehr als das Doppelte an. Aber auch im übrigen Untersuchungsgebiet, in einer Entfernung von mehr als fünf Kilometern, ist das Erkrankungsrisiko erhöht. Der Abstandstrend ist statistisch hoch signifikant. Bei allen deutschen Atomkraftwerken tritt dieser Effekt auf, nicht nur beim häufig untersuchten Standort Krümmel.

Analysen unseres Mitarbeiters Dr. Alfred Körblein mit ähnlichen Ergebnissen hatten das Bundesamt für Strahlenschutz im Jahr 2003 veranlasst, eine Neuauswertung der Daten des Kinderkrebsregisters in Auftrag zu geben. Die Studie wurde von einem externen Expertengremium begleitet, in dem auch das Umweltinstitut München vertreten war.

Die Hinweise auf einen Zusammenhang der Krebserkrankungen mit den radioaktiven Emissionen eines Atomkraftwerks sind deutlich. Für andere Erklärungsansätze gibt es keine Indizien. Allerdings kann der Effekt mit heutigem strahlenbiolo-

gischen Wissen nicht erklärt werden. Nun ist es Aufgabe der Wissenschaft, einen Erklärungsansatz dafür zu finden. Und zudem ist bis heute kaum erforscht, wie Kleinkinder oder Embryos auf Niedrigstrahlung reagieren.

Die Klärung dieser Fragen eilt. Jedes Kind, das in der Umgebung eines AKWs an Krebs erkrankt, ist ein Kind zuviel. Schadensersatzansprüche von betroffenen Kindern und Eltern gegenüber den Verursachern dulden keinen Aufschub. CH

Ausführliche Infos zur KiKK-Studie finden Sie auf unserer Homepage: www.umweltinstitut.org/kikk

Spenden und Beiträge an das Umweltinstitut München e.V. sind steuerlich absetzbar!

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 700 205 00, Konto-Nr. 88 311 00

Umweltinstitut München e.V.
Landwehrstr. 64a, 80336 München
Tel: (089) 30 77 49-0, Fax: (089) 30 77 49-20
info@umweltinstitut.org, www.umweltinstitut.org



Gen-Mais → Anbauverbot?

Wachsender Widerstand

Eine weitere Etappe im Ringen um eine Regelung des Gentechnik-Anbaus ist beendet. Im Februar wurde die vierte Änderung des Gentechnikgesetzes durch den Bundesrat abgesegnet. Doch die Situation für die gentechnikfreie Landwirtschaft hat sich dadurch keineswegs verbessert. Im Gegenteil: Bei der Neufassung des Gesetzes mogelt sich die Bundesregierung vor allem um die Lösung der Haftungsfrage für die Verunreinigung gentechnikfreier Äcker herum. Daneben werden durch die Novellierung neue Hintertüren für gentechnische Verunreinigungen geschaffen. Zum Beispiel durch so genannte „private Absprachen“, mit deren Hilfe die beschlossenen Mindestabstände von Gen-Mais zu konventionellem (150 Meter)

und zu ökologischem Mais (300 Meter) untergraben werden können. Wie sich das neue Gesetz auf den Anbau von Gentechnik-Pflanzen auswirken wird, ist indes noch nicht abzusehen. Obwohl für 2008 mehr Gen-Mais angemeldet wurde als im Jahr zuvor, ist zu erwarten, dass erneut ein beträchtlicher Teil der Flächen aufgrund von Protesten nicht bestellt werden wird. Schon in den beiden Vorjahren wurden jeweils rund 1000 Hektar der Maislinie MON810 des Monsanto-Konzerns zurückgezogen.

Unterdessen hat die Kritik an der Agro-Gentechnik sogar eine Partei erfasst, die lange Jahre als standhafte Verfechterin der vermeintlichen „Zukunftstechnologie“ galt. Die CSU hat ihren Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer aufgefordert, ein Verbot von Monsanto's Gen-Mais prüfen zu lassen und sich für ein Zulassungsmoratorium für Gentechnik-Pflanzen auf EU-Ebene einzusetzen.

Andreas Bauer

Aktuelle Zahlen zum Gentechnik-Anbau: www.umweltinstitut.org

Gatersleben → Novoplant pleite

Pharma-Erbesen ausgezählt

Der breite Protest gegen einen Freisetzungversuch mit genmanipulierten Pharma-Erbesen im vergangenen Jahr hat offenbar Wirkung gezeigt. Die ostdeutsche Gentechnikfirma Novoplant, die die Gen-Erbesen entwickelt hatte, musste jetzt Insolvenz anmelden. In den Erbsen, die Novoplant auf dem Gelände der Genbank Gatersleben (Sachsen-Anhalt) angebaut hatte, sollte ein Medikament gegen Durchfallerkrankungen von Schweinen hergestellt werden. Den Pflanzen war dazu Genmaterial der Maus eingebaut worden. 75.000 Verbraucher/innen hatten mit Hilfe einer Mustereinwendung des Umweltinstituts München gegen den Versuch Einwand erhoben. Das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung wickelt den Versuch jetzt ab. AB

Dokumentation: www.umweltinstitut.org/pharmaerbse

Regierung → „Roadmap Biokraftstoffe“ Fahrplan in den Öko-GAU

Auf 13 Prozent der deutschen Ackerfläche wachsen schon heute Energiepflanzen – überwiegend Raps für die Produktion von Agro-Diesel. Bis zu 30 Prozent könnten es laut der „Roadmap Biokraftstoffe“ der Bundesregierung bis 2020 sein. Doch bei unserem Spritdurst ist der heimische Anbau nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Eine Importwelle von Agro-Kraftstoffen aus Entwicklungsländern wird daher einsetzen, sozial und ökologisch verheerende Anbaubedingungen inklusive. Selbst die EU warnt mittlerweile: Ob mit Agrar-Sprit unter dem Strich der Ausstoß von Klimagasen reduziert werden kann, ließe sich nicht sagen. AB

www.umweltinstitut.org/agrosprit

Gen-Weizen „zum Anfassen“ (Fortsetzung von → S. 1)

Umweltinstituts München ergaben zudem, dass die Uni Rostock neue Erkenntnisse über die Auskreuzungsdistanzen von Weizen ausgeblendet hat. Sie will lediglich einen Abstand von 50 Metern zu benachbarten Weizenfeldern einhalten. Einer Studie kanadischer Forscher zufolge kann Gen-Weizen jedoch herkömmliche Weizenpflanzen noch in einer Entfernung von 2,75 Kilometern verunreinigen. Vor allem soll der Versuch offenbar einer plumpen PR für die Agro-Gentechnik dienen. Auf dem Stiftsgut Üplingen (Sachsen-Anhalt), einem der beantragten Versuchsstandorte, soll das Experiment zu

diesem Zweck in ein Schaugarten-Projekt für genmanipulierte Pflanzen eingebunden werden. Ziel des Vorhabens, das von der EU mit zwei Millionen Euro gefördert wird, ist es, „die Akzeptanz gegenüber gentechnisch verbesserten Pflanzen in Europa zu verbessern“. Dazu sollen „Feldversuche zum Anfassen“ durchgeführt werden, unter anderem für Schulklassen. Hinter dem Projekt steckt der Gentechnik-Lobbyverein Inno-Planta und dessen Vorsitzender, der FDP-Landtagsabgeordnete Uwe Schrader. AB

Unterstützen Sie unseren Protest gegen Gen-Weizen: www.umweltinstitut.org/genweizen2008



Im Üplinger Schaugarten sollen diverse genmanipulierte Pflanzen wachsen.